# Perspektiven und Widersprüche der lateinamerikanischen Integration

***Beitrag für eine Teilnahme am Kongress „Momentum08: Gerechtigkeit“, Track „Globale und ökologische Gerechtigkeit “, 25.-28. September 2008, Hallstatt (A)***

Wien, 21. April 2008

Martin A. Konecny
Lange Gasse 51/9 1080 Wien
martin.konecny@reflex.at

## 1. Vom Neoliberalismus zum Postneoliberalismus – Veränderte Bedingungen regionaler Integration

Nach dem scheitern der Importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) wie sie von der CEPAL (Comision Economica para America Latina y el Caribe / UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karbik) in der Nachkriegszeit, als spezifisch lateinamerikanische Variante des Keynesianismus und der Etablierung von Militärdiktaturen in den meisten Ländern Lateinamerikas, konnte der Neoliberalismus bestimmendes Wirtschaftspolitisches Paradigma werden (Sack/Stierle, 2008, 21). Die Militärdiktaturen bereiteten dabei den Boden für den Neoliberalismus, indem sie Gewerkschaften und linke Parteien zerschlugen und ihre AnhängerInnen verfolgten und ermordeten. Am prominentesten ist hier sicherlich das Beispiel Chile, wo Augusto Pinochet und seine Militärregierung nach dem erfolgreichen Putsch gegen Salvador Allende die so genannten „Chicagos Boys" (Die wirtschaftspolitischen Schüler Milton Friedmans von der University of Chicago) ins Land holte, um Chile in das erste Laboratorium des Neoliberalismus zu verwandeln. Noch bevor mit Magret Thatcher (1979) und Ronald Reagon (1981) der Neoliberalismus im Westen Einzug hielt, konnten die Theoreme des Monetarismus in Chile erprobt werden (Wessel, 2002, 149). Waren die Militärdiktaturen die politische Bedingung des Neoliberalismus, so wurde er auf Weltmarktebene durch den Volcker-Schock 1979 vermittelt. Die durch den damaligen US-Notenbank-Präsidenten Paul Volcker eingeleitete Hochzinspolitik war wesentlich mitverantwortlich für die Schuldenkrise Anfang der 80er Jahre und trieb viele lateinamerikanische Staaten in die Hände des IWF und der Weltbank, die Mittels Strukturanpassungsprogrammen, den Neoliberalismus von der transnationalen auf die nationale Ebene vermittelten (Panitch/Gindin, 2004, 65 u. Sack/Stierle, 2008, 21).

In den 80er Jahren konnte sich so das etablieren was der Vize-Präsident der Weltbank John Williamson einmal als „Washington Consensus" bezeichnete: Haushaltsdisziplin, Steuersenkungen, Handelsliberalisierungen, Privatisierungen, Deregulierungen, Offenheit für ausländisches Kapital, Schutz von Privateigentum und Abbau staatlicher Leistungen (Grugel ua., 2008, 502, Sack/Stierle, 2008, 22).

Die sozialen Folgen dieser neoliberalen Politik waren verheerend und verschafften den 80er Jahren den unrühmlichen Beinamen „verlorenes Jahrzehnt" (Sack/Stierle, 2008, 23), was sich in Zahlen darin ausdrückt, dass das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1980 und 1990 um mehr als 8% fiel (Ebda.). Doch würde es zu kurz greifen die neoliberale Umgestaltung rein als negativ Entwicklung zu beschreiben; vielmehr: „Accepting the Washington Consensus

involved a much more traumatic and profound transformation that not only extended across economic and social policy but challenged the role of family, community, the state and the individual.“ (Grugel ua. 2008, 504)

In den 90er Jahren war die Zeit der Militärdiktaturen zu Ende. Allerdings war die danach einsetzende Demokratisierung nicht Ergebnis demokratischer Revolutionen, sondern Ergebnis eines zumeist von den Diktaturen initiierten Prozesses. Die Eliten der Diktatur sicherten sich Straffreiheit und zumeist auch noch erheblichen politischen Einfluss. Gleichzeitig gab es als Folge der Diktaturen keine Linke mehr, die die Demokratie dazu nutzen hätte können ein alternatives Entwicklungsprojekt Mehrheitsfähig zu machen. Durch den bewaffneten Kampf, Verfolgung und den Gang ins Exil, sowie eine weltweite Stimmung vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) waren die traditionellen linken Parteien inhaltlich ausgedünnt oder nicht marginalisiert. Der Neoliberalismus blieb also auch in demokratischem Rahmen die ganzen 90er Jahre hegemonial. Nichtsdestotrotz waren die 90er Jahre auch eine Zeit in der sich unzählige neue soziale Bewegungen formierten. Im Gegensatz zur Linken der 60er und 70er Jahre, die eingebettet in den Kalten-Krieg ein klar definiertes Ziel für die gesamte Gesellschaft hatte und es avantgardistisch vertrat, setzten die sozialen Bewegungen der 90er Jahre zunächst bei den unmittelbaren und eigenen Interesses der Menschen an, wie z.B. die Bewgung der Landlosen (MST) in Brasilien, oder der Aufstand der indigenen Zapatistas in Mexiko 1994. Anstelle der einen Alternative zum Neoliberalismus entwickelten sich so viele. Dem TINA-Prinzip („There is no Alternative“) von Thatcher wurde so das TATA-Prinzip („There are thousands of alternatives) entgegengesetzt (Brand ua. 9f.).

Damit die Hegemonie des Neoliberalismus gebrochen werden konnte, brauchte es aber nicht nur jene Bewegung von unten, die ihn delegetimierten; als ein weiterer bedeutsamer Faktor kamen sicherlich die Wirtschaftskrisen Anfang des neuen Jahrtausends hinzu. Insbesondere die schwere Wirtschaftskrise in Argentinien 2001/2 führte den Neoliberalismus an sein wirtschaftliches Ende. Argentinien wurde in den 90er Jahren als „aufstrebender Markt“ (Becker/Mussachio, 2003, 80) gefeiert und diente dem internationalen Kapital als rentable Anlagemöglichkeit. Vor allem die Regierungen Menem und de la Rua offerierten dem Finanzkapital gute Konditionen: einen fixen Dollar-Peso Wechselkurs, hohe Zinsen, Privatisierungen und eine liberale Außenwirtschaftspolitik mit freiem Kapitalverkehr (ebda., 81). Eine für lateinamerikanische Verhältnisse beachtliche Zahl konnte sich im Argentinien der späten 90er zur Mittelklasse zählen, allerdings indem sie ihren neuen Wohlstand vor allem durch Dollar-Kredite finanzierte. Es lag daher im Interesse dieser SchuldnerInnen eine Abwertung des Peso und damit eine Änderung der neoliberalen Wirtschaftspolitik um jeden

Preis zu vermeiden. Im Jahr 2002 wurde dann jedoch klar, dass die Peso-Dollar Bindung nicht mehr aufrechtzuerhalten war, nachdem es bereits Ende 2001 zu einer massiven Kapitalflucht gekommen war. Nach der Abwertung des Peso schlitterte Argentinien in eine der schlimmsten Wirtschaftskrisen seiner Geschichte. Allein im Jahr 2002 schrumpfte die Wirtschaftsleistung um mehr als 20% (Ebda.). Der kurze Traum zur ersten Welt zu gehören war ausgeträumt, die Mittelklasse zog damals – auf leeren Kochtöpfen trommelnd-protestierend durch die Straßen von Buenos Aires und war nun nach ihrem finanziellen Ruin nicht mehr länger die soziale Basis des Neoliberalismus.

Um den Neoliberalismus in Lateinamerika zu überwinden war aber schließlich ein drittes Element notwendig. Seine reine Diskreditierung durch die Kämpfe sozialer Bewegungen und die wirtschaftlichen Folgen in Form von Wirtschaftskrisen reichten nicht aus, schließlich bedurfte es alternativen Bewegungen mit einer Perspektive zur Macht. Angefangen mit Venezuela 1998, wechselte seit der Jahrtausendwende eine Regierung nach der anderen in die Hand der Linken. Von einem simplen Linksruck zu sprechen wäre dabei aber zu einfach. Grob könnte man zwischen einer sozialdemokratischen Linken (Lula in Brasilien, Michelle Bachelet in Chile, Tabero Vazquez in Uruguay) und dem Projekt eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts (Chavez in Venezuela, Evo Morales in Bolivien, Rafael Correa in Ecuador) unterscheiden. Während erstere eine nach wie vor weltmarktorientierte neoliberale Wirtschaftspolitik mit linken Akzenten in der Sozial- und Bildungspolitik verbindet, strebt letztere ein über den Kapitalismus selbst hinausreichendes Ziel an. Die Unterscheidung lässt sich auch daran festmachen, dass jene Länder die sich dem Projekt eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts verpflichtet fühlen einen Prozess der staatlichen Neugründung mit Verfassungsgebenden Versammlungen betreiben, während die sozialdemokratischen Regierungen auf Basis der bestehenden Institutionen arbeiten. Der Prozess staatlicher Neugründung enthält durch die Festschreibung von sozialen Rechten und Privatisierungsverboten (vgl. Verfassung der bolivarianischen Republik Venezuela, Deutsche Übersetzung, 2005, Artikel 19-31, Artikel 303) Elemente eines „progressiven Konsitutionalismus“ (Bieling, 2007, 158) auf nationaler Ebene im Anschluss an Stephen Gills Konzept des „neuen Konsitutionalismus“ (Gill, 1998, 5). Auch wenn die Unterscheidung zwischen diesem beiden Ströumgen schematisch bleiben muss, schlägt sie sich auch in den gegenwärtigen Integrationsprojekten sowohl in ihrer Form als auch in ihrem Inhalt nieder.

Seit dem diese drei oben beschriebenen Faktoren den Neoliberalismus als vorherrschendes Paradigma in Lateinamerika beseitigt haben, kann man von einer Konstellation sprechen, welche sich am besten mit dem Begriff „Post-Neoliberal“ fassen lässt. Der Begriff schließt

dabei sowohl an emanzipatorische Projekte und Praxen an, welche nicht nur über den Neoliberalismus, sondern auch über den Kapitalismus hinausweisen, als auch auf Restrukturierungsprozesse eines Neoliberalismus mit sozialem Antlitz (vgl. Sekler, 2007, 170f.).

## 2. „Kommerzielle Balkanisierung“ (Katz zit. n. Fritz, 2007, 5) – Integration von Außen

### 2.1.ALCA/FTAA und Integration von Unten

ALCA/FTAA (Área de Libre Comercio de las Américas /Free Trade Area of the Americas) ist der neben dem NAFTA-Abkommen (North Americas Free Trade Area) wohl das prominenteste Projekt einer wirtschaftlichten Integration von Außen, bzw. vom Norden her. Der Plan eine gesamtamerikanische Freihandelszone von Alaska bis Feuerland zu schaffen geht auf einen Vorschlag von Bush sen. aus dem Jahre 1991 zurück; die Verhandlungsrunden starteten aber erst im Jahr 1999 (www.ftaa-alca.org). In die Verhandlungen wurden 34 amerikanische Staaten eingebunden (d.h. sämtliche Staaten mit Ausnahme Kubas). Dieser Prozess begann also zu einer Zeit als noch in fast ganz Lateinamerika neoliberale Politiken die herrschenden Paradigmen waren. Der Freihandel war dementsprechend vorherrschende Ideologie.

Am Beispiel NAFTA lässt sich sehen, dass es keineswegs um eine politische Integration im Sinne „positiver Integration“ (altvater, 2007, 63) geht, sondern, dass es sich bei NAFTA, ebenso wie bei ALCA um ein Projekt handelt, dass „die Verwertungsbedingungen primär der international orientierten Kapitalfraktionen in der Region [...] optimieren soll.“ (Winter, 2007, 136). Am Beispiel Mexikos lassen sich die Auswirkungen gut verdeutlichen: „NAFTA in short, has utterly failed to raise Mexican wages, stabilize internal interest rates or reduce the need to emigrate.“ (Davis, 2001, 31). Vielmehr wurde Mexiko durch die aufstrebende Maquiladore Industrie zur verlängerten Werkbank der USA (vgl Winter, 2007, 123). Das Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens 1994 fiel im Übrigen auch mit einer weitreichenden Militarisierung der Grenze zwischen Mexiko und den USA zusammen (Davis, 2001, 41)

Durch die oben beschriebenen Entwicklungen wurde der Neoliberalismus aber zu Beginn des neuen Jahrtausends in der südlichen Hälfte des Kontinents zunehmend delegitimiert. Im Jahr 2005 auf der Konferenz der amerikanischen Staats- und Regierungschefs im argentinischen Plata del Mar wurde ALCA vorläufig zu Grabe getragen. Es wäre dabei zu einfach dies allein der Machtübernahme linker Regierungen in einer Mehrheit der lateinamerikanischen Länder

zu schulden. Das Projekt einer gesamt amerikanischen Freihandelszone rief eine massive Gegenbewegung hervor, welche den Beginn einer Integration von unten bedeutete. Mit der ASC (Alianza Social Continental) bildete sich bereits 1997 ein großes kontinentales Bündnis, das den Kampf gegen ALCA aufnahm. Es handelt sich dabei nicht um eine einheitliche Organisation, sondern um ein breites Netzwerk sozialer Bewegungen und progressiver NGOs, welche den Widerstand gegen ALCA organisierte und eine breite Gegenöffentlichkeit zur herrschenden Freihandelsideologie schuf (Berron; in: LN, 2005, 373/374a) Diese Anfangs rein defensiv ausgerichtete Bewegung, schuf aber bereits „1998 Vorschläge eine neue Gesellschaft entstehen zu lassen, in der internationale Abkommen auf Gegenseitigkeit, wechselseitigem Gewinn, nationaler Souveränität, Schutz des jeweiligen Binnenmarktes sowie auf Respekt und Beachtung der Grundrechte beruhen."(Ebda.) Um ihre eigenen Vorschläge umzusetzen versucht sie seit dem Einfluss und Druck auf die regionalen lateinamerikanischen Integrationsbemühungen wie MERCOSUR oder ALBA auszuüben (Ebda.) und dies zum Teil auch mit Erfolg (s.h. unten)

Das scheitern von ALCA hat aber nicht dazu geführt, dass die USA auf ihre Freihandelpolitik verzichten. Anstelle des Versuches den ganzen Kontinent in einer Freihandelszone zu vereinen, setzten sie nun vermehrt auf den Abschluss bilateraler Freihandelabkommen (LN, 2005, 373/347b)

### 2.2. Europa und Lateinamerika

In den europäischen Medien scheint es meist so, als würde Europa sich gegenüber Ländern der dritten Welt anders als die USA, ja eben sozialer verhalten. Diese Illusion wird auch gerade im Hinblick auf Lateinamerika geschürt. Die EU setzt im Bezug auf Lateinamerika auf bilaterale Assoziations-Abkommen, die auf den drei Säulen politischer Dialog, Entwicklungszusammenarbeit und Freihandel setzten (Fritz, 2007, 9). Während mit einigen Ländern solche Abkommen schon seit längerem bestehen, versucht die EU seit 1999 ein solches Abkommen mit dem gesamten Staatenblock MERCOSUR zu verhandeln. Bislang ist ein solches Abkommen aber gescheitert. Dies ist auch dem Widerstand der sozialen Bewegungen zu verdanken, die ein solches Abkommen mit der Begründung ablehnen, „dass sich hinter den guten Kooperationsabsichten und den Bemühungen um politischen Dialog vor allem die Handelsinteressen verbergen, die das Abkommen bestimmen und ihm inhaltlich die gleichen Strukturen wie die der ALCA vorgeben." (Berron; in: LN, 2005, 373/374). Dort wo solche Abkommen heute bestehen sind zwar zum Teil einige Elemente enthalten, die Soziale Rechte schützen und Entwicklung fördern, allerdings gibt es in keinem dieser Fälle einen

wirksamen Kontrollmechanismus (vgl. Altvater, 2007, 170). Die EU kann in ihrer gegenwärtigen Verfassung einem progressiven Integrationsprojekt nur insofern dienlich sein, als die USA gegen Europa ausgespielt werden können.

## 3. Binnenorientierte Integrationsprojekte

### 3.1. MERCOSUR

Der MERCOSUR (Mercado Comu del SUR / Gemeinsamer Markt des Südens) wurde 1991 in Asuncion von Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay gegründet. Grundlage des MERCOSUR sind freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital durch den Abbau von Zöllen und nicht Tarifären Handelshemmnissen, Schaffung gemeinsamer Außenzölle zu Drittstaaten oder anderen Wirtschaftsblöcken und die Koordinierung der Makropolitik. Der Handelsblock umfasst 260 Millionen Menschen und ein Bruttoinlandsprodukt von etwa einer Billion USD und schließt mit Brasilien und Argentinien die beiden größten Volkswirtschaften des Kontinents ein (Tockman, 2007) Dieses Freihandelsprojekt stellte vor allem hegemoniale Bestrebungen Brasiliens dar und beruft sich vor allem auf das Konzept eines „offenen Regionalismus“. In den 90er Jahren gefeiert, schwächten sich die Integrationsprozesse seit dem Ende des Jahrzehnts ab, als deutlich wurde, dass sich auch Wirtschaftskrisen nun „freier bewegen“ konnten. Seit 2006 hat MERCOSUR wieder an Fahrt gewonnen. Dies ist vor allem dem Beitritt Venezuelas geschuldet, dass seit diesem Jahr Vollmitglied ist. Gleichzeitig beginnt es damit aber auch seinen Charakter zu verändern, wie der Chefredakteur von Resumen Latinoamericano Carlos Aznarez feststellt: „With Venezuela’s entry and the possible entry of Bolivia, something which is immanent, the goal of revitalizing an organization that had been inactive has been achieved. For an organization that was dead, it’s a step forward. Venezuela’s entry gave Mercosur an ideological spin, incorporating a courageous discourse to confront Pro-Free Trade policies coming from Washington.” (Aznerez zit.n. Trigona, 2006). Inzwischen hat das Freihandelsprojekt einen politischeren Charakter erhalten, indem ein Parlament des MERCOSUR gebildet wurde. Auch haben nun Beispielsweise Kooperativen ein eigenes Gremium und es mit regionalen Entwicklungsfonds wird gezeigt, das Integration mehr ist als auf die Kräfte des Marktes zu vertrauen (Bajo; in: LN, 2008, 405, 47f.)

### 3.2. UNASUR

Unasur ist das jüngste Integrationsprojekt das derzeit in Lateinamerika realisiert werden soll. Bereits 2004 regte der damalige brasilianische Präsident Fernando Henrique Cardoso auf einem gemeinsamen Gipfel aller südamerikanischen Staatschefs die Gründung der CSN (Comunidad Sudamericana de Naciones / Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen) an. Damals war das Ziel noch recht eng gefasst, als Vereinigung der beiden Freihandelszonen MERCOSUR und CAN (Andengemeinschaft) zu einer einzigen Freihandelszone. Erst mit der Wahl Lulas zum Präsidenten Brasiliens bekam das Projekt einen zunehmend politischen Charakter, gedacht als Alternative zum dem Freihandelsprojekt der USA ALCA. Bereits die erste Erklärung der CSN verweist auf ihren post-neoliberalen Charakter (auch wenn es sich dabei um keinerlei verbindlichen Vertrag handelte): „Ausgehend von gemeinsamen Werten wie Demokratie, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit räumen die CSN-Mitglieder ein, dass die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sich nicht allein auf Politiken des Wirtschaftswachstums reduzieren lassen. Vielmehr müsse sie die Asymmetrien zwischen den Ländern anerkennen und eine gerechte Einkommensverteilung, den Zugang zu Bildung, die Kohäsion und soziale Inklusion sowie den Schutz der Umwelt sicherstellen.“ (zit.n. Fritz, 7)
Auf dem Energiegipfel 2007 in Caracas wurde das Projekt dann schließlich in UNASUR (Union südamerikanischer Nationen) umgetauft und umfasst seit der offiziellen Gründung am 23. Mai 2008 12 Mitgliedstaaten und damit alle Länder des Subkontinents. Das ehrgeizige Ziel dieser neuen Staatengemeinschaft ist es bis 2025 eine mit der EU vergleichbare Integration erreicht zu haben, einschließlich gemeinsamer Währung und gemeinsamen Reisepässen zu erreichen (PortalAmerika21.de, 31.1.2008).
Das erste größere Projekt ist der Bau der Transoceanica, einer 1200 km langen Verbindung zwischen der Atlantikküste Brasiliens und der Pazifikküste Perus. Dieses gewaltige Infrastrukturprojekt entspricht, so kritisieren vor allem soziale Bewegungen der betroffenen Regionen, keinesfalls den hehren Zielen der oben erwähnten Erklärung, sondern der seit 500 Jahre geltenden Logik einer „Wirtschaft der Häfen“ (Fritz, 8)
Für Aufsehen sorgte dann auch der Vorschlag Venezuelas im Angesicht der Krise zwischen Kolumbien, Venezuela und Ecuador im Rahmen der UNASUR einen der NATO vergleichbaren Verteidigungsrat einzurichten (PortalAmerika21.de, 16.4.2008)
Realistischerweise ist derzeit nicht davon auszugehen, dass UNASUR den angestrebten Grad an Integration besonders rasch erreichen wird; zu schwerwiegend scheinen dabei die

Unterschiede und auch unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsstaaten. Einen ersten großen Erfolg scheint UNASUR aber dieser Tage bereits verbuchen zu können. Als in Bolivien die rechten autonomistischen Präfekten der Tieflandprovinzen versuchten einen zivilen Putsch gegen Evo Morales und sein politisches Projekt einer Neugründung des Staates durchzuführen, reagierte die UNASUR sofort (http://derstandard.at/?url=/?id=1220458265938, 17.9.2008) Auf einem Gipfeltreffen der UNASUR in Santiago de Chile stärkten die Mitgliedsstaaten Morales den Rücken. Während Chavez erklärte ein Chile 1973 werde sich 35 Jahre später nicht noch einmal wiederholen und Lula versprach keine andere Regierung anerkennen zu wollen als die von Evo Morales, erkannte Rafael Correa das historische in dem Moment, als er meinte, hier zeige sich was die Integration Lateinamerikas bedeutet (vgl. Ebda.). Tatsächlich kann man nach den Ereignissen in Bolivien festhalten, auch wenn der Integrationsprozess den UNASUR initiiert hat auch auf weiteres bescheiden bleibt, so ist doch viel damit erreicht, wenn es rechten PutschistInnen in Zukunft nicht mehr gelingt die Macht zu übernehmen. Die schnelle Isolierung der PutschistInnen in Bolivien hat wahrscheinlich stark dazu beigetragen, dass sich ein Chile 1973 nicht so schnell wiederholt. Und wenn das Gespenst eines rechten Putsches, das bislang noch jede linke Regierung fürchten musste, nun vielleicht für lange Zeit vertrieben ist, dann kann dies als ein ungemeiner Erfolg der UNASUR und der regionalen Integration gelten.

### 3.3. Banco del Sur

Mit der Bank des Südens wurde 2007 die lateinamerikanische Antwort auf IWF und Weltbank gegründet. Die Gründungsstaaten Venezuela, Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay statteten die neue Bank mit 7 Mrd. USD Startkapital aus. Ziel und Aufgabe der Bank ist die Finanzierung regionaler Entwicklungsprojekte, unter anderem auch des Pipelineprojekts Gran Gasoducto del Sur (s.h. unten). Da die Bank erst im Jahre 2008 ihre Arbeit aufgenommen hat, lässt sich noch nichts über ihre bisherige Tätigkeit sagen. Im Gegensatz zu IWF und Weltbank wird es keine Auflagen hinsichtlich der ideologischen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik geben und in den Gremien der Bank hat nicht der mit dem meisten Geld die meisten Stimmen, sondern es gilt: ein Land – eine Stimme (Jungle World, 2007, 22)

Die Gründung der Bank fällt zusammen mit einer schwindenden Bedeutung des IWF auf dem Kontinent. Mittlerweile haben Argentinien, Brasilien, als auch Ecuador ihre Schulden bei der internationalen Finanzinstitution getilgt – zum Teil mit der Hilfe venezolanischer Erdöl-

Milliarden (Ebda.). Nicht zuletzt deswegen musste der IWF im Vergangen April ankündigen 400 Tonnen seiner Goldreserven für ca. 11 Mrd. USD zu veräußern (orf.at, 8.4.2008)

## 4. Alternative Integrationsprojekte

### 4.1.ALBA

ALBA (Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América / Bolivarianische Alternative für die Völker unseres Amerikas) diese Abkürzung bedeutet auf Spanisch auch Sonnenaufgang. ALBA geht bereits auf einen Vorschlag von Hugo Chavez aus dem Jahr 2001 zurück. Institutionelle Gestalt nahm das Projekt aber erst mit dem ALBA-Vertag zwischen Venezuela und Kuba vom 14. Dezember 2004 an (Hildebrandt, 2008, 18). Diesem Vertrag traten bis Heute Bolivien, Nicaragua und zu letzt im September 2008 Honduras bei. Dies ist der engere Kreis von ALBA der sich gemeinsam auf folgenden Prinzipien der regionalen Integration geeinigt hat:

- "Trade and investment should not be ends in themselves, but instruments to achieve just and sustainable development."
- "Special and differential treatment, that takes in to account the level of development of the diverse countries and the dimension of their economies."
- "Economic complementarily and cooperation between the participant countries and not the competition between countries and productions."
- "Cooperation and solidarity that is expressed in special plans for the least developed countries in the region." Including a Continental Literacy Plan; a latinamerican plan for free health treatment for those in need and a scholarship plan in areas of largest interest for the "economic and social development."
- "The creation of a Social Emergency Fund"
- "Integrated development in communications and transportation between the Latinamerican and Caribbean countries" including plans for highways, trains, shipping and airlines, telecommunications and others
- "Actions to sponsor sustainable development through norms that protect the environment."
- "Energy integration between the countries of the region, in order to insure the supply of stable energy products to the benefit of the Latinamerican and Caribbean societies." Including Venezuela's proposal of the creation of Petroamerica.
- "Promotion of investment of Latinamerican capital in Latinamerica and the Caribbean itself, with the objective of reducing the dependency of the countries of the region on foreign investment." In order to do so, the creation, among others of the Latinamerican Investment Fund, the Development Bank of the South, and the Society of Latinamerican Reciprocal Guarantees.

- "Defense of latinamerican and Caribbean culture and the identity of the people of the region, with particular respect and promotion of the autonomous and indigenous cultures."
- "Measure for the norms of intellectual property, while protecting the heritage of the latinamerican and Caribbean countries from the voracity of the transnational corporations."

- "Coordination of positions of the multilateral sphere and in the processes of all negotiations with countries and blocks from other regions, including the struggle for democratization and transparency in international organisms, particularly in the United Nations" (vgl. Fox, 2006)

Auf institutioneller Ebene ist ALBA bislang nicht sehr ausgestaltet. Bislang werden alle Entscheidungen auf halbjährlichen Konferenzen der Regierungschefs, sowie der MinisterInnen getroffen. Zusätzlich wurde auch ein „Rat der sozialen Bewegungen" geschaffen, mit dem Ziel auch die Zivilgesellschaft in den Diskussionsprozess einzubeziehen (Hildebrandt, 2008, 21). Demokratisch legitimierte Organe, wie ein Parlament gibt es derzeit nicht, womit ALBA derzeit ein Demokratiedefizit aufweist, dass auch die Einbindung der Zivilgesellschaft nicht ausreichenden ausgleicht. ALBA ist aber mehr als die gegenwärtig fünf Mitgliedsstaaten. ALBA hat heute keine klaren Konturen, sondern ist vielmehr „work in progress" (Fox, 2006). Im folgenden sind einige Projekte beschrieben, die im weiteren Sinn dem ALBA-Projekt zuordenbar sind, auch wenn sie nicht in die Gründungsverträge integriert sind.

### 4.2. ALBA-TCP

Mit dem Beitrtitt Boliviens zum engeren Kreis von ALBA wurde diese auf eine neue Grundlage gestellt, den Handelsvertrag der Völker TCP (Tratado de Comercio de los Pueblos). Der TCP stellt den ideellen Beitrag Boliviens, bzw. der bolivianischen Linken zu ALBA dar und bedeutet daher, dass entgegen, den in den Medien üblichen Darstellungen ALBA mehr ist als ein durch venezolanisches ÖL erkauftes Projekt Hugo Chavez'. Der TCP versteht sich explizit als Gegenentwurf zum neoliberalen Freihandel, dem er kooperative und indigene Formen der Ökonomie entgegensetzt; anstelle von Großkonzernen solle der Handel durch diesen Vertrag Kleinbetrieben und Kooperativen dienen und dem Prinzip des Wettbewerbs setzt er das Prinzip der Komplementarität entgegen auch wird betont, dass er kulturelle Vielfalt fördern soll anstelle sie durch die Monokultur des Marktes zu zerstören (Fritz, 2007, 14).
Der TCP wird diesen hohen Ansprüche auch tatsächlich gerecht. Von den teilnehmenden Ländern wird tatsächlich das in die gegenseitigen Beziehungen eingebracht über das sie eben

verfügen. Kuba hilft Bolivien beim Aufbau von 6 Augenheilkundezentren, entsendet 600 medizinische Fachkräfte, baut 60 Feldkrankenhäuser und kommt für deren Unterhalt auf, nimmt 5000 StipendentInnen aus Bolivien für das Medizistudium auf und nicht zuletzt unterstützt es wie schon in Venezuela das nationale Alphabetisierungsprogramm. Venezuela, der wirtschaftlich stärkste Teilnehmer des TCP liefert ÖL, Asphalt und Treibstoff, deren Gegenwert zum Teil in Waren zu begleichen ist (was einem Devisenarmen land wie Bolivien natürlich entgegenkommt). Darüber hinaus stellt es Know How für Boliviens Gasförderung bereit und hat einen 100 Millionen USD schwere Fond für produktive Investitionen bereitgestellt (Ebda., 15). Boliviens Beitrag zu dem Vertrag ist vergleichsweise bescheiden. Im Vertag wird lediglich festgehalten, dass mit Agrar- und Mineralexporten beitrage und ferne sein Wissen über indigene Kultur und Naturheilkunde einbringe (ebda.). Bolivien wird zusätzlich noch ein freier Zugang auf den venezolanischen und kubanischen Markt gewährt, während umgekehrt Bolivien seine Zölle nicht senken muss (lediglich venezolanische und kubanische Staatsunternehmen die in Bolivien investieren sind bis zur Amortisierung der Investition von Gewinnsteuern befreit) (Ebda, 15f.) Nicht zu letzt hat sich insbesondere Venezuela dazu bereit erklärt bolivianisches Soja aufzukaufen, dass zunehmend von brasilianischen und kolumbianischen Exporten verdrängt wird (Ebda.)
Der TCP kann also zu Recht für sich beanspruchen tatsächlich ein Gegenentwurf zu neoliberalen Freihandelszonen zu sein und tatsächlich eine alternative Entwicklung zu befördern.

### 4.3. Telesur – Nuestro Norte es el Sur

Telesur begann das erste Mal am 24. Juli 2005, dem Geburtstag Simon Bolivars, zu senden. Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt der Staaten Venezuela, Kuba, Argentinien und Uruguay. Der Sender beansprucht für sich, der erste multinationale öffentlich-rechtliche Sender der Welt zu sein (Salö/Terenius, 2007, 32). Das Ziel von Telesur fasst der Generaldirektor von Telesur Aram Aharonian so zusammen: „The goal of Telesur is to develop and implement a hemispheric televised communications strategy, of world
wide reach, to promote and consolidate the progression of change and regional integration, as a tool in the battle of ideas against the hegemonic process of globalization (...) From the North they see us in black and white – mostly in black: we only appear in the news when a calamity occurs – and in reality, we are a continent in Technicolor" (Aharonian zit.n. Ebda., 33) Diesem Ziel entspricht auch das oben angeführte Motto des Senders „Nuestro norte es el sur"

(Unser Norden ist der Süden), das mit der doppelten Bedeutung von Norte im Spanischen, als geographische Richtung und als vom Kompass übernommener Begriff für Ziel/Richtung spielt. Die Anstoß Finanzierung im Umfang von 10 Mill. USD kam – wie könnte es anders sein – von der venezolanischen Erdölgesellschaft PDVSA (Ebda.). Dem Sender steht ein Beirat von bekannten Intelektuellen und Journalisten vor, bestehend aus: Ernesto Cardenal, Danny Glover, Ignacio Ramonet, Saul Landau, Eduardo
Galeano, Tariq Ali, Richard Stallman und dem Nobelpreis Träger Winner Adolfo Pérez Esquivel (Ebda, 35) Es fällt dabei natürlich sofort die rein männliche Besetzung auf, die sich auch im Programm niederschlägt – so waren 2007 in 78% der Sendungen Männer überrepräsentiert (Ebda, 49). Seinen Sitz hat der Sender in Caracas.
Der Sender wird über Satellit ausgestrahlt und ist potentiell von 65 Millionen LateinamerikanerInnen zu empfangen (Ebda, 36) und des weiteren auch über das Internet zu verfolgen (s.h. http://www.arcoiris.tv/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=34/). Bei dem Inhalt des Senders handelt es sich hauptsächlich um Nachrichten, Dokumentationen und Kulturprogramm, lediglich ein Prozent des Inhaltes sind Filme (Ebda., 39).
Der Sender bewegt sich zwischen zwei gegensätzlichen Ansprüche, entweder eine Revolution gegen CNN zu sein, oder aber ein CNN der Revolution zu sein (Alba zit.n. Neuber, 2008). Derzeit scheint leider eher letzteres zuzutreffen – Hugo Chavez ist in den Sendungen mehr Vertreten als alle anderen Staatschefs (der beteiligten Länder) zusammen (Salö/Terenius, 2007, 48)

### 4.4. EMPRESUR – Das Spannungsverhältnis zwischen Staat und Bewegung

Ein interessantes Beispiel wie soziale Bewegungen und staatliche Integrationsprojekte miteinander verknüpft werden können, stell die Konferenz der Besetzten Betriebe vom Oktober 2005 in Caracas dar. Auf Initiative der argentinischen MNER (Movimiento Nacional de Empresas Recuperadas / Nationale Bewgung der wiederangeeigneten Betriebe) und dem venezolanischen Dachverband der Gewerkschaften UNT (Union Nacionl de los Trabajodores / Nationale Arbeiterunion) fanden sich in Caracas über 700 VerteterInnen von 250 selbstverwalteten Betrieben zusammen. Chavez trat als Gastredner auf und schlug die Gründung eines lateinamerikansichen Netzwerkes selbstverwalteter Betriebe EMPRESUR vor und bot sogleich an einen Fond über 5 Millionen USD dafür einzurichten. Das es den TeilnehmerInnen des Kongresses um mehr ging, als bloß darum eine Enklave in der kapitalistischen Ökonomie darzustellen wurde in der Rede eines Teilnehmers deutlich: „Das

Unternehmen, auf dessen Zurückgewinnung wir abzielen, sind unsere gesamten Länder.“ (Fritz, 2007, 17) Auf diese Weise gewendet gewinnt das neoliberale Bild vom Unternehmen Staat eine ganz neue Bedeutung.

### 4.5. Erdöl das „Schmiemittel der Integration“ (Fritz, Ebda, 6)

Ein wichtiger Faktor in den sich derzeit vollziehenden Integrationsprozessen spielt das Thema Energie. Dass, Venezuela heute die Möglichkeit hat nicht nur im Land selbst ein beispielloses Entwicklungsprojekt zu starten, das die Lebenssituation der breiten Bevölkerungsmehrheit entschieden verbessert, sondern darüber hinaus derzeit zu den Ländern des Kontinents zählt die eine regionale Integration am entschiedensten vorantreibt, hat nicht zu letzt damit etwas zu tun, dass es derzeit der 5 größte Erdölexporteur der Welt ist und mit ca. 100 Mrd. Barell Reserven auch noch eine geraume Zeit über den Rohstoff Öl verfügen wird (OPEC, 2007, 9). Das Venezuelas Öl-Reichtum aber nicht mehr nur einigen wenigen zu Gute kommt, ist auch der Tatsache geschuldet, dass das staatliche Erdölunternehmen PDVSA seine Gewinne nicht mehr „privatisiert“, in dem Sinne das sie nur einer kleinen und korrupten Elite zu Gute kommen, sondern nun auch die Profite, vergrößert durch einen hohen Ölpreis, sozialisiert hat (Wagenknecht, 2004, 148ff.). Venezuela hat durch die Re-Nationalsierung seiner Bodenschätze auch wesentlich dazu beigetragen, eine Nationalisierungspolitik in der Region wieder möglich zu machen, ja einen Nationalisierungsdiskurs selbst wieder vorherrschend zu machen. So hat inzwischen auch Bolivien seine Erdgas- und sonstigen Rohstoffvorkommen verstaatlicht (LN, 384, 2006) und der Verfassungsentwurf den Rafael Correa derzeit in Ecuador bewirbt sieht dies ebenfalls vor (LN, 411/412, 2008).
Venezuela hat in den vergangenen Jahren seinen ÖL-Reichtum sowohl indirekt als auch direkt für seine Bestrebungen einer regionalen Integration verwendet. Indirekt indem es sich politische Loyalitäten erkaufte - beispielsweise durch die Übernahmen Argentinischer Staatschulden (LN, 379, 2006) - und direkt indem die „Integration der staatlichen Energieunternehmen Lateinamerikas und der Karibik“ (PDVSA, 2006, eigene Übersetzung) angestrebt wird. Dieses umfassende Projekt zur „energetischen Integration der Völker des Kontinents im Rahmen der Bolivarianischen Alternative für Amerika“ (Ebda.) nennt sich Petroamerica. Basieren soll Petroamerica auf den Prinzipien: Solidarität und Komplementarität zwischen den Ländern, sowie der fairen und demokratischen Nutung der Ressourcen zur Entwicklung der Völker (Ebda.) Derzeit umfasst Petroamerica drei Säulen, PetroSur für die Mitgliedsstaaten des MERCOSUR (Argentina, Brazil, Venezuela and

Uruguay), PetroAndino für die Mitgliedsstaaten des CAN (Bolivia, Ecuador, Colombia, Peru and Venezuela) und PetroCaribe für 14 Staaten der Karibik (Ebda.). Im Rahmen von Petroamerica befindet sich schließlich noch das Megaprojekt, die längste Erdgaspipeline der Welt Gran Gasoducto del Sur von Venezuela, über Brasilien nach Argentinien zu bauen. Am weitesten fortgeschritten ist derzeit PetroCaribe und wird daher ausführlicher behandelt, ebenso wie das Gran Gasoducto del Sur, das sich zwar noch in der Planungphase befindet, aber bei einer möglichen Realisierung von enormer Bedeutung wäre.
Die Frage die sich daraus ergibt, ist ob fossile Brennstoffe tatsächlich ein geeignetes Mittel zur Integration Lateinamerikas sind, ob auf dieser Basis tatsächlich den oben genannten Prinzipien Rechnung getragen werden kann und ob auch der Anspruch eine nachhaltige Entwicklung zu befördern damit vereinbar ist?

### 4.5.1 PetroCaribe

Petrocaribe ist derzeit sicherlich das am weitesten fortgeschrittene Projekt innerhalb von Petroamerica. Das hängt sicherlich auch damit zusammen, dass Petroamerica zunächst einmal nur die Fortsetzung des präferenziellen Ölhandels mit den Staaten der Karibik ist, den es bereits seit den Öl-Preisschocks der 70er Jahre gibt (Fritz, 2006, 22). Der Präferenzielle Öl-Handel so wie er heute zwischen den Mitgliedsstaaten geregelt ist, funktioniert durch eine progressive Preisskala. Je höher der ÖL-Preis steigt, desto höher ist auch der Anteil den die kaufenden Staaten über Kredit bei Venezuela finanzieren können (23 Jahre Laufzeit bei einem Zinssatz von 2%). Zusätzlich bietet Venezuela den teilnehmenden Ländern auch die Möglichkeit die Kredite teilweise durch Kompensationshandel zu begleichen (vgl. Fritz, 2006, 23). Petrocaribe umfasst aber mehr als nur den Verkauf von billigem ÖL. Bei Petrocaribe handelt es sich um eine Organisation mit dem Ziel die „Koordination und Artikulation der Energiepolitiken sicherzustellen“ und dies nicht nur im Bereich der fossilen Energieträger, sondern auch in den Bereichen erneuerbarer Energien und deren Entwicklung (Fritz, Ebda.). Die Organisation wird geleitet von einem Ministerrat der teilnehmenden Staaten und verfügt des Weiteren über ein Exekutivsekretariat, das im venezolanischen Energieministerium angesiedelt ist. Das verweist allerdings schon darauf, dass nicht alle Staatsapparate die gleichen Möglichkeiten bei diesem Integrationsprojekt haben. Außerdem existiert parallel dazu noch der Fond ALBA-Caribe, der mit mehr als 50 Mill. USD ausgestattet ist und Entwicklungsprojekte in der Region finanzieren soll. Mit PDV Caribe wurde eine Tochtergesellschaft der venezolanisches PDVSA gegründet über die sowohl der

teure Zwischenhandel ausgeschaltet werden soll, als auch der Auf- und Ausbau von Raffinerie- und Lagerkapazitäten in der Region betrieben wird (Ebda, 24).
Tatsächlich ist PetroCaribe aber nicht nur zum Vorteil der karibischen Staaten; so blieb z.B. das kleine Förderland Trinidad und Tobago dem Vertrag fern, da es sich durch die billige Konkurrenz aus Venezuela bedroht fühlt (vgl. Ebda)

### 4.5.2. Gran Gasoducto del Sur

Dieses Megaprojekt gehört nicht unmittelbar zu den ALBA-Verträgen lässt sich aber doch eher diesem Integrationspfad zuordnen. Bereits 2005 einigten sich die Energieminister Venezuelas, Argentiniens und Brasilien die Machbarkeit einer zwischen 8000 und 10000 km langen Gaspipeline zwischen Venezuela, über Brasilien nach Argentinien zu prüfen. Als Bauzeit werden 7 Jahre angenommen, in denen das Projekt zwischen 20 und 25 Mrd. USD verschlingen würde. Betreiber währen die staatlichen Unternhemne PDVSA (Venezuela), Petrobras (Brasilien) und ENARESA (Bolivien) (Fritz, 26). Chavez bezeichnete das Projekt als „Lokomotive eines neuen Integrationsprozesses, dessen Ziel die Beseitigung von Armut und Ausgrenzung sei.“ (zit. n. Fritz, 26) Explizit weist Chavez auch daraufhin, dass auch die europäische Integration als als Gemeinschaft für Kohle und Stahl begann (Ebda.)
So schön die Ziele dieses Projekts auch klingen, so scharf ist auch die Kritik von unten. Zunächst einmal würde das Projekt enorme ökologische Probleme verursachen. Die geplante Pipeline würde zwangsläufig durch ökologisch sensible Gebiete wie die venezolanische Gran Sabana und das brasilianische Amazonien führen (Fritz, 29). UmweltschützerInne und NGOs kritisieren vor allem, dass eine sich wirklich als zum Neoliberalismus alternativ begreifende Integration nicht auf die traditionellen Mittel eines „Gas- und Petrodesarrollismo“ zurückgreifen dürfe, da solche Megaprojekte zwangsläufig mit ökologischer Zerstörung und Verteibung indigener Völker verbunden sind. Auch ließe sich noch hinzufügen, dass eine Pipeline von dieser Länger auch ein sicherheitstechnisches Problem wäre – es müsste vermehrt Militär und Polizei zur Sicherung einer solchen Routen eingesetzt werden und mit einem entsprechenden sicherheitspolitischen Diskurs einhergehen (vgl. Altvater, 2006, 168f.). Zudem tut sich durch das Projekt auch ein Widerspruch im engeren Rahmen des ALBA Bündnisses auf. Obwohl zwar seit der Nationalisierung des bolivianischen Erdgases 2006 auch dessen Regierung zur Beteiligung am Projekt eingeladen wurde (Fritz, 26), scheint das Gran Gasoducto del Sur Bolivien vor allem zu schaden. Es kann angenommen werde, dass es insebesondere im Interesse Brasiliens liegt, seine Abhängigkeit von bolivianischem Erdgas zu

verringern und die politisch eng verbündeten Staaten Venezuela und Bolivien auf dem Gasmarkt zu Konkurrenten zu machen(Fritz, 27f.).
Es stellt sich daher ein weiteres Mal die Frage ob Energie und Megaprojekte die geeigneten Mittel für eine nachhaltige und demokratisierende Integration Lateinamerikas sind?

## 5. Fazit - „Exkremente des Teufels“ (netzeitung, 2002)

So bezeichnete der ehemalige venezolanische Wirtschaftsminister Juan Pablo Perez Alfonso einmal den Erdölreichtum Venezuelas (Ebda). Die Frage ob Erdöl ein geeignetes Integrations-Vehikel ist lässt sich nicht so einfach beantworten. Tatsächlich sind die fossilen Rohstoffe Venezuelas und Lateinamerikas lange eine der Ursachen für die wirtschaftliche Abhängigkeit und Unterordnung gewesen. Nun da die Rohstoffe aber in der Hand des Staates sind können sie das erste Mal für ein weiterführendes Entwicklungsprojekt verwendet werden, das die Länder des Südens aus ihren Abhängigkeiten befreit. Dies kommt zum Beispiel im Kampf um Nahrungsmittelsouveränität zum Ausdruck, der derzeit in Venezuela geführt wird und ohne die Öl-Einnahmen nicht zu finanzieren wäre (vgl. Müller, 2007), doch besteht stets die Gefahr, dass die bolivarianische Revolution nicht über einen „Rentensozialismus“ (Ebda.) hinaus kommt.
Zusätzlich muss auch gesehen werden, dass der Kampf um die (Wieder)Aneignung der Rohstoffen – insbesondere des Erdöls und des Erdgases – in Venezuela und Bolivien der Dreh und Angelpunkt der revolutionären Auseinandersetzung ist und war. Sowohl der Putsch 2002 gegen Chavez drehte sich um die Kontrolle der staatlichen PDVSA (vgl. Zelik/Bitter/Weber, 2004, 58ff.) als auch der gegenwärtige Kampf zwischen Zentralregierung und seperatistischen Präfekten in Bolivien dreht sich um die Kontrolle über das Erdgas (vgl. LN, 2008, 411/412, 6ff.).
Die revolutionären Projekte, besonders das in Venezuela ist nach wie vor enorm vom Öl-Preis abhängig, allerdings zwingt ein sinkender Öl-Preis auch dazu einer härter Gangart gegenüber Washington zu schalten.[1]
Was nun aber die lateinamerikanische Ebene betrifft, so scheint es schwierig zu sein, einer Integration die auf fossiler Energie und der Ausbeutung natürlicher Ressourcen beruht eine den vorhergegangenen Entwicklungsmodellen grundsätzlich andere Logik zu geben. Dies ist auch ein Problem, dass ALBA und die damit verbundenen Projekte immer wieder in Widerspruch mit sozialen Bewegungen bringen.

[1] So koinzidierte z.B. die Ausweisung des US-Botschafters aus Venezuela am 14.9.08 mit einem Preisanstieg um 1,1%

Nicht zu letzt werden auch neue Abhängigkeiten geschaffen. Kuba ist heute im Prinzip von venezolanischen Öl-Lieferungen abhängig und mit rund 3 Mrd. Dollar auch hoch bei seinem Verbündeten verschuldet. Diese Schulden werden auf Dauer nur schwer durch auch noch so sympathische Programme, wie die wesentlich von kubanischen ÄrztInnen getragenen Mision Barrio Adentro zu finanzieren sein. Bei einem Regime-Wechsel in Venezuela hätte so gesehen fatale Auswirkungen, auch wenn diese nicht mit den Auswirkungen des Zusammenbruchs der Sowjetunion zu vergleichen wäre (Hildebrandt, 2008, 108ff.). Das Verhältnis der beiden Länder zueinander lässt sich aber nicht unmittelbar aus den ökonomischen Beziehungen ableiten, da Chavez' Revolution sich stark an Kuba orientiert und die Beeinflussung auf politischem Gebiet zumindest gegenseitig ist.

Trotzdem hat Venezuela mit ALBA ein neues Entwicklungsmodell auf die Tagesordnung gesetzt, dass als echte Alternative zum Neoliberalismus verstanden werden kann. Die venezolanischen Öl-Milliarden mögen zwar die Bedingung dafür sein, aber es wäre falsch zu behaupten sei seien bislang nicht auch sinnvoll eingesetzt worden. Ohne diesen Ressourcen Reichtum hätte Lateinamerika allgemein und Venezuela im Besonderen heute nicht jene Autonomie gegenüber dem Norden. Ob es aber gelingt mit dem Erdöl ein nachhaltiges Entwicklungsprojekt zu finanzieren, hängt nicht zu letzt davon ab welche Kraft eine Integration von Unten entfalten kann. Dabei geht es nicht bloß um die Frage ob soziale Bewegungen genügend Macht entfalten könne, sondern auch darum ob es ihnen gelingt Alternativen zu formulieren und durchzusetzen.

Die vielen verschiedenen Ansätze die ich versucht habe zu skizzieren, sollen deutlich gemacht haben, dass es heute nicht die eine Integration gibt, sondern viele, dass es sich um einen Suchprozess mit offenem Ausgang handelt.

**Literatur:**

Elmar Altvater / Birgit Mahnkopf, Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster 2007

Elmar Altvater, Das Ende des Kapitalismus wie wir in kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster 2006

Joachim Becker, Neo-Desarrollismo; in: Ulrich Brand, Bettina Lösch, Stefan Thimmel (Hrsg.), ABC der Alternativen, Hamburg 2007, 136-138

Joachim Becker, Andres Mussachio, Argentinien: Wiederholung der Verschuldungsgeschichte; in: Geld.Macht.Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft, Joachim Becker, Roland Heinz, ua., Wien 2003, 75-89

Hans-Jürgen Bieling, Die Konstituierung der Weltwirtschaft als Prozess hegemonialer Verstaatlichung. Staatstheoretische Reflexionen aus der Perspektive einer internationalen politischen Ökonomie; in: Sonja Buckel / Fischer-Lescano (Hrsg.), Hegemonie gepanzert mit Zwang, Baden-Baden 2007, 143-160

Mike Davis, Magical Urbanism. Latinos Reinvent the U.S. City, New York 2001

Thomas Fatheuer, Mit Agrotreibstoffen aus Brasilien gegen den Klimawandel; in: Lateinamerika Jahrbuch 31, Münster 2007, 63-75

Thomas Fritz, ALBA contra ALCA . Die Bolivarianische Alternative für die Amerikas: ein neuer Ansatz regionaler Integration in Lateinamerika, Berlin 2007

Michael Fox, Defining the Bolivarian Alternative for the Americas – ALBA, 2006, www.venezuelaanalysis.com Zugriff 16.9.08

Stephen Gill, European Governance and New Constitutionalism. Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe, New Political Economy Vol. 3, No. 1 1998, 5-26

Jean Grugel/ Pia Riggirozzi/ Ben Thirkell-White, Beyond the Washington Consensus? Asia and Latin America in search of more autonomous development, International Affairs 84: 3 (2008) 499–517

Erik Hildebrandt, Sonnenaufgang im Süd-Westen. Entwicklungspolitische Potentiale der ALBA, 2008 www.engagiertewissenschaft.de Zugriff 16.9.08

Leo Panitch / Sam Gindin, Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium, Hamburg 2004

Bea Müller, Der venezolanische Rentensozialismus; in: Z. Zeitschrift für marxistischer Erneuerung, Heft 71, Berlin 2007

Harald Neuber, Chancen und Grenzen. Debatten über Alternative Medien in Lateinamerika. Das Beispiel Venzuela, in Junge Welt (4.1.2008)

Claudia Sanches, Mercosur. Vom Wandel erfasst?; in: Lateinamerika Nachrichten 405, Berlin 2008, 47-50

Kerstin Sack / Steffen Stierle u.a., Vom Süden lernen. Lateinamerikas Alternativen zum Neoliberalismus, Hamburg 2008

Nicola Sekler, Postneoliberalismus; in: Ulrich Brand, Bettina Lösch, Stefan Thimmel (Hrsg.), ABC der Alternativen, Hamburg 2007, 170-172

Freja Salö / Elisabeth Terenius , Telesur – "Tele-Chávez" or the public service of Latin America? A case study, 2007, http://www.diva-portal.org/diva/getDocument?urn_nbn_se_sh_diva-1459-1__fulltext.pdf Zugriff 16.9.08

Opec, Annaual Statistical Bulletin 2007, Wien 2007

Jason Tockman, Chávez, Morales Seek Transformation of MERCOSUR Trade Bloc, 2007, www.venezuelaanalysis.com Zugriff 16.9.08

Marie Trigona, Mercosur: More Than a Trade Pact, 2006**,** www.venezuelaanalysis.com Zugriff 16.9.08

Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela vom 24. März 2007. Deutsche Übersetzung, Essen 2005

Günther Wessel, Die Allendes. Mit brennender Geduld für eine bessere Welt, Frankfurt 2002

Sarah Wagenknecht, Eigentum Verpflichtet? Venezolanische Erdölpolitik im Wandel; in: dieslb., Alo Presidente. Hugo Chavez und Venezuelas Zukunft, Berlin 2004, 148-161

Jens Winter, Transnationale Arbeitskonflikte. Das Beispiel der hegemonialen Konstellation im NAFTA-Raum, Münster 2007

Raul Zelik/ Sabine Bitter/ Helmut Weber, Made in Venezuela. Notizen zur bolivarianischen Revolution, Hamburg 2004

Jungle World, Nr. 22 2007, www.jungleworld.de Zugriff 16.8.08

Lateinamerika Nachrichten 411/412, Rafael Correa bleibt auf Erfolgskurs. Gute Aussichten auf Annahme der Verfassung, Berlin 2008, 15-18

Lateinamerika Nachrichten 405, MERCOSUR - Vom Wandel erfasst?. Interview mit Claudia Sanchez Bajo, Berlin 2008, 47-50

Lateinamerika Nachrichten 396, Viel Rauch um Nichts? Neue Wege und alte Abhängigkeiten in der Entwicklungspolitik, Berlin 2007, 24-43

Lateinamerika Nachrichten 384, Helden des Chaco. Bolivien nationalisiert Öl- und Gasreserven, Berlin 2006, , www.lateinamerikanachrichten.de Zugriff 16.9.08

Lateinamerika Nachrichten 379, Kirchner auf allen Kanälen. Argentinein zahlt Schulden bei IWF, Berlin 2006, www.lateinamerikanachrichten.de Zugriff 16.9.08

Lateinamerika Nachrichten 373/374, „Ausgewogene und nachhaltige Entwicklung“ – Interview mit Gonzalo Berron von der Alianza Social Continental, Berlin 2005, www.lateinamerikanachrichten.de Zugriff 16.9.08

Lateinamerika Nachrichten 373/374, Sandra Schuster: Die Mühlen der Regionalen Integration Soziale Aspekte unter den Rädern der Wirtschaftsliberalisierung, Berlin 2005, www.lateinamerikanachrichten.de Zugriff 16.9.08

www.derstandard.at, Zugriff 16.9.08

www.ftaa-alca.org, Zugriff 16.9.08

www.orf.at Zugriff 8.4.08

www.pdvsa.com Zugriff 16.9.08

www.PortalAmerika21.de, Zugriff 16.9.08